

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernaus Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsstaatsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postgeschäftsort: Dresden 1530
Girokonto Riesa Nr. 52

Nr. 64.

Dienstag, 17. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch "Post". Für den Fall des Eintritts von Produktionsunterbrechungen, Schließungen der Löhne und Materialentnahmen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Vierstern des Anzeigenrates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und müssen zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8' zum Preis, 4 zum Preis der Wochenschrift-Zeitung (8 Silber. 25 Gold-Pfennige), die 89 am breite Zeitungsecke 100 Gold-Pfennige; zeitauflösender und tabellarischer Tag 50% Aufschlag. Beste Tarife. Gewidrigste Pauschalzeit, wenn der Beitrag verzögert, durch Abgabe eingezogen werden muss, ob der Auftraggeber in Notfalls gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtjährige Unterhaltungsbeiträge erfordert an der Elbe! — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebs- und Verarbeitungsanstaltungen — hat der Verleger einen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Die Völkerbundsnote.

Ob. Die Antwort des Völkerbundsrats auf das Memorandum der deutschen Regierung vom 12. Dezember 1924 wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist in einem Zeitpunkt ergangen, wo die auswärtigen Fragen besonders durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen kompliziert sind, insbesondere durch die Unruhen der Entente-Staaten über die wichtigen schwedenden Fragen des Sicherheitspaktes und der Räumungsfrage. Deutschland sieht die Frage seines Eintritts in den Völkerbund als eine Frage von allgemeiner ethischer Bedeutung an, als eine Frage der Zusammenarbeit der verschiedenen Nationen zum Wiederaufbau Europas überhaupt. Andererseits, besonders von Frankreich, wird diese Frage aber mit der Sicherheitsfrage und der Räumungsfrage belastet. Frankreich verwehrt uns den Eintritt in den Völkerbund, bevor nicht seine Bedingung der Lösung der Sicherheitsfrage erfüllt ist. Deutschland: Auflösung steht da, wie bekannt, darin, dass diese Fragen, insbesondere die Räumungsfrage, lediglich davon abhängen, ob Deutschland, wie es behauptet, nach den militärischen Bestimmungen im Versailler Vertrag erfüllt hat. Frankreich wünscht für die Frage der Rheinlandzone eine Formulierung, die von Deutschland niemals anerkannt werden kann und gegen die auch Chamberlain und die schwedische Regierung protestieren haben; aber trotzdem kann nicht angenommen werden, dass Deutschland seine Einstellung zur Völkerbundfrage ändern würde. Abgesehen davon, wird man die Antwort des Völkerbundsrats immerhin als einen erheblichen Fortschritt ansehen können, insfern zum ersten Male die Erwähnungen Deutschlands in seinem Dezember-Memorandum jährlig geprüft werden und auch zum ersten Male klar der Wunsch des Völkerbundsrats selbst ausgedrückt wird, dass Deutschland in den Völkerbund eintreten möge. Kann somit der Geist, der aus der Note hervorgeht, anerkannt werden, so bleibt doch, wie üblich, in den einzelnen Ausführungen dieser Note manches noch rechtlich unklar und auf manche Punkte des deutschen Memorandums wird überhaupt nicht eingegangen. Das Reichskabinett hat zu der Antwortnote noch keine Stellung genommen, wird dies aber, wie angenommen ist, sehr bald tun und dann wird sich zeigen, ob bei ruhiger und sachlicher Prüfung die Note des Völkerbundsrats eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen, die sicherlich erforderlich sein werden, bieten kann.

Ablehnung des Schiedsspruches durch die Eisenbahnergewerkschaften.

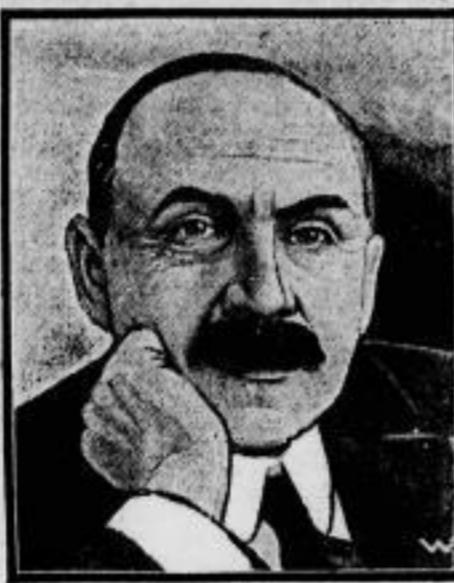
Berlin. In gemeinsamer Beratung haben die Eisenbahn-Tariforganisationen, und zwar die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband, den Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsminister ernannten Schiedsgerichts vom 13. März mit der Begründung abgelehnt, dass die Vorauslasse der Erfordernisse der Lebenshaltung nicht genügend Rücksicht trage und angestellt der vom Personal verlangten Arbeitsleistung zu gering sei. Bedingungen über die bisher im Tarifverträge vorgelegten Zeiten hinaus könnten nicht anerkannt werden. In der Arbeitszeitfrage sei der Schiedsspruch unannehmbar, weil er nicht nur keine positive Verbesserung der Arbeitszeit enthalte, sondern auch entgegen dem bisherigen Rechtsstand eine unerträgliche Bindung bis zum 31. Oktober festlege. Die Vorstände seien jedoch bereit, in neuen Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers eine erträgliche Regelung zu suchen. Eine weitere Verbreiterung des Kampfes und jede Wiederannahme der Arbeit darf nur auf Anweisung der Organisationsleitungen erfolgen.

Die Streislage bei der Eisenbahn.

Berlin. (Rundschau.) Zum Eisenbahnstreik meldet die B. S. am Mittag, dass im ganzen gegenwärtig 10.404 Arbeiter streiken, das sind 700 weniger als gestern. In Berlin fehlen Arbeiter langsam an die Dienststellen zurück. Güter- und Personenzüge verkehren normal. In Dresden, Erfurt und Halle ist die Lage stationär. In Bremen hat sich die Zahl der Streikenden etwas vermehrt, dagegen ist in Hof ein starkes Absinken zu verzeichnen. Dort hat sich die Zahl der Streikenden auf 248 verringert.

Die Lage in Preußen.

Berlin, 17. März. Wie wir hören, hat sich Ministerpräsident Marx endgültig entschlossen, am Mittwoch vor dem Landtag die Rekonvaleszenzabstimmung abzugeben. Mit Rücksicht darauf, dass Marx als Präsidentenwahlkandidat gezwungen sein wird, in der nächsten Woche eine Hunderttausend zu unternehmen, soll die Entscheidung in Preußen mit großer Beschränkung herbeigeführt werden. Schon jetzt steht fest, dass Marx den in der Opposition stehenden Parteien ein großzügiges Angebot zu gemeinsamer Zusammenarbeit machen wird, um wenigstens den letzten Versuch einer Klärung zu machen. Er hat den Deutschen Volkspartei übrigens angeboten, sich innerhalb in der Regierung durch einige ihre nahestehende Verbindlichkeiten vertreten zu lassen. Die Abstimmung über die Vertrauensfrage wird voraussichtlich am Freitag stattfinden.



August von Wassermann †.

Wester verstarb, wie bereits gemeldet, in Berlin der Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie und Biochemie in Dahlem, Professor an der Universität Berlin, August von Wassermann in 50. Lebensjahr. Der ausgezeichnete Gelehrte gründete seinen Weltkurs als Vorläufer durch Veröffentlichung der nach ihm benannten Wassermannschen Reaktion, nach der es mit Hilfe verschiedener Serums möglich ist, das Vorhandensein Syphilis erregender Bazillen nach Jahren nach erfolgter Anwendung im menschlichen Blute festzustellen.

Der Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei wendet sich mit dem folgenden Aufruf an ihre Freunde:

Deutschnationale Männer und Frauen!

Am 20. März soll das deutsche Volk auf sieben Jahre seinen Reichspräsidenten wählen. Es handelt sich um die wichtigste Entscheidung, vor der unser Volk bisher gestanden hat. Nur wenn der Sozialdemokratie und ihrem Anhang die Machtdeliktion des Reichspräsidenten entflieht wird, die sie als Urheber und Auslöser der Revolution sechs Jahre hindurch innegehabt hat, kann in Deutschland wieder eine fachliche, reine, eine wirklich deutsche Politik geführt werden, im Innern wie nach außen.

Dieses Ziel war nur durch eine Kandidatur zu erreichen, die alle nationalen Kreise des deutschen Volkes zusammenfassen und bis weit in die Zukunft hinzu werbend und einflussreich wirken kann. Darum haben wir uns mit allen Parteien, vaterländischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbänden, die unser Vaterland von der Vorherrschaft des Marxismus befreien wollen, zusammengetan, um für die Präsidentenwahl eine denkbar starke und breite Grundlage zu schaffen. Darum haben wir, als in diesem nationalen Block eine große Mehrheit für den Botschafter a. D. Oberbürgermeister Dr. Jarres entchied, auch unerlässlich dieser Kandidatur unter Zurückstellung aller parteilichen Erwartungen getraut. Darum waren wir auch bereit, für ein Zusammensein aller staatsbürglerlichen Parteien Opfer zu bringen. Dieser Plan ist an der Sichtung der Demokratie und des Zentrums gescheitert. Nunmehr ist Dr. Jarres der Kandidat des „Reichsbündes“, der gegenüber den Parteien der Weimarer Koalition zugleich der große Reichsbund ist.

Dr. Jarres ist ein deutscher Mann, uneigennützig in Beruf und Leben, erfahren und fachkundig in den Geschäftsfeldern des Staates, deutsch in treuem Hekhalten am christlichen Glauben, im Wesen und Wirken getragen von sozialem Empfinden gegen jeden Volksgenossen, deutsch vor allem auch im starken nationalen Willen, alles einzusehen für das Vaterlandes Ehre und Freiheit.

Parteifreunde! Am 20. März fallen die Würfel, wer für die nächsten sieben Jahre, für die Welt, in der sich die ganze Zukunft unseres Deutschen Volkes entscheidet, die Geschichte unseres Vaterlandes an oberster Stelle leiten soll. Jeder, der den Wunsch hat, dass diese 7 Jahre den Wiederaufstieg unseres deutschen Volkes und Landes herbeiführen, wähle am 20. März den nationalen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl Oberbürgermeister Dr. Jarres.

Kandidatur Hindendorff?

Der Aufruf für die Kandidatur Jarres ist zwar von den völkischen Verbänden, aber nicht von den Führern der Nationalsozialisten oder der „Freiheitsbewegung“ unterschrieben worden. Man könnte daher im Zweifel sein, ob aus diesen Kreisen doch noch eine Sonderkandidatur aufgestellt werden sollte, die freilich ohne die Verbände nur aus geringe Stimmenzahl rechnen könnte. Aus Wünsten wird nun gemeldet, dass Herr Hitler sich gegen alle bisher genannten Präsidentenwahlkandidaten ausgesprochen habe und vor die Aufstellung eine Kandidatur des Generals Hindendorff nicht unmöglich sei. Wir sehen dieser Nachricht recht skeptisch gegenüber, zumal nachdem Feldmarschall Hindenburg für die Kandidatur Jarres eingetreten ist. Es wäre doch sehr seltsam und würde viele Deutsche schmerlich be-

rüben, wenn Hindenburg und Hindendorff jetzt so offenkundig verschiedene Wege marschieren sollten. Auch scheint uns für den General Hindendorff trotz allem, was er sich in der Politik schon geleistet hat, die Rolle eines Wahl- und Durchfallkandidaten nicht würdig zu sein. Die Anmeldefrist für die Präsidentenwahl läuft während am zehnten Tage vor der Wahl, also am 19. März ab. — Bedeutlich erscheint uns in diesen Wochen vor der Präsidentenwahl auch die starke Opposition des Altdutschen Verbandes gegen die Vorschläge der Reichsregierung über einen Sicherheitsvoll zu sein. Man mag zugeben, dass es jedem Deutschen ungemein schwer fällt, den Raum von Eltern-Vorbrüchen und von Eupen-Malmedy vorläufig zu garantieren, und dass ein Protest gegen die Größe des deutschen Lagers wirklich hervorhebt. Aber eine so starke Form des Protestes bringt doch Wirkung in die nationalen Reihen und schadet die jetzt so nötige Einigkeit für die Sammelkandidatur Jarres. Auch der Altdutsche Verband sollte einsehen, dass Deutschland jetzt nur Realpolitik im strengsten Sinne machen kann und alle seine Kräfte auf die Erreichung der Ziele im Lück konzentrieren muss.

Das polnische Grenz- und Sicherheitsproblem.

London. Der „Observer“ führt in einem Leitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der früheren Zeit bilde eine Warnung für die Augenheil des Vertrags, sich vor dem Glauben zu hüten, dass Gewalt das geeignete Mittel sei, ihn aufrechtzuhalten. Alles was am Vertrage gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Ungerechtigkeiten gefährdet. Die Befreiung dieser Fehler sei wesentlich für die Konsolidierung Osteuropas.

Der Rat, den man als Freund Polens diesem Lande erteilen müsse, sei der, dass es ein tödbringendes Geschenk erhalten habe in Gestalt von Grenzlinien, die eigenspielen, gerade in Augenblick der Wiedergeburt Polens die gemeinsame verhängnisvolle Gegnerhaft Deutschlands und Russlands wiederzubeleben.

Stein Freund könne Polen einen besseren Rat geben als den, der Deutschland nach 1871 wiederholt erteilt wurde, nämlich zu erwägen, ob die territoriale Regelung vielleicht gut sei. — Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt zur Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herricot,

die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, dass ein Unterabkommen zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zu Gunsten des Verfahrens, das Chamberlain vermutlich vorbringen werde, falls er eine günstige Atmosphäre vorfinde, werde sein, dass

Polen auf die Danub einen vorteilhaften Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und den jetzt Polen zugewiesenen Teil Österreichs zurückzugeben würde.

Unter den jetzigen Verhältnissen lebe Polen auf einem Vulkan. Wenn es den Preis zahle, der allein einen Sicherheitspakt ermöglicht, dann werde Polen selbst Sicherheit haben und zweitens eingeladen werden, sich mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Italien und der Tschecho-Slowakei am Pakt zu beteiligen. Dies seien offenbar die Richtlinien, die für Chamberlains Politik maßgebend sein würden.

Die sächsischen Geschäfte der Barmats.

Über die für die sächsische Staatskasse so außerordentlich verlustreiche verlaufenden Lebensmittelgeschäfte der Barmat macht der Landtagsabgeordnete Börner, Leipzig, dem „Sächsischen Zeitungsdienst“ folgende Mitteilungen: Wirtschaftsminister Schwarz war derjenige, der im Jahre 1920 der Firma Import-Maatschappij in Amsterdam (Amegima) große Lieferungen an Speck usw. für die sächsische Wirtschaft vermittelte hatte. Der Verkauf der Lieferungen erbrachte einen großen Verlust. Im Haushaltplan für 1921 wurden hierfür 159 Millionen 840.000 Mark aufgefordert, wovon ein Verlust von 20.700.000 Mark auf den Verlust von Kokosöl, Tapioka und Reis entfallen, welches Lieferung von der Firma F. W. Frank in Kopenhagen herrührte. 18 Millionen kamen auf ein Konto der Einfuhr-Gesellschaften für Ost- und Westsachsen, so dass der wirkliche Verlust der sächsischen Staates an den durch den Wirtschaftsminister getätigten Barmat-Geschäften 121 Millionen 140.000 Mark betrug.

In Wirklichkeit handelte es sich nur vier einzelne Geschäfte, die mit der Amegima zusammen gekommen sind. Die ersten beiden Verträge stammten vom 17. Februar und 28. April 1920 für Lieferung von je zweimal 1000 Tonnen Schmalz. Der gesamte Kaufpreis wurde von der Amegima bis 31. Dezember gegen eine Haftversicherung des sächsischen Staates im Gesamtbetrag von 83 Millionen Mark gegen eine Vergütung von 6%, Prozent jährlich gefundet. Der Verlust an diesen beiden Geschäften betrug 1.890.000 Mark. Am 15. September 1920 wurde das dritte Geschäft abgeschlossen. Durch dieses Geschäft wurden eingetauscht 500 Tonnen Speisefettsalo, 3500 Tonnen Schmalz und 1500 Tonnen Speck. An diesem dritten Geschäft büßte der sächsische Staat, da inzwischen der Preis bedeutend heruntergegangen war, 80.750.000 Mark ein. Am 6. November 1920 ist noch ein vierter Vertrag mit der Amegima auf Lieferung von 1500 Tonnen Schmalz abgeschlossen worden, bei dessen Abschluss ein Verlust von 38.500.000 Mark entstanden ist.